

telegraph Sonderausgabe #1, Montag 13. September 2004

Ein ostdeutscher Sonderweg?

Ab dem 19. Juli verschickte die Bundesagentur für Arbeit die Formulare für das ALG II, Ende Juli begannen in mehreren ostdeutschen Städten unabhängig voneinander Initiativen für "Montagsdemonstrationen" gegen Hartz IV. Damit wurde aus der weit verbreiteten Angst vor der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und der Empörung über immer neue Zumutungen für die abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen endlich öffentlicher Protest.

Mit der Demonstration in Berlin und Ansätzen in einigen westdeutschen Städten startete der Versuch linker Gruppen, das regional erfolgreiche Protestmodell zu verallgemeinern. Es gelang nur in Berlin, wo im Zuge der "Wiedervereinigung" der Westen an den Osten angeschlossen worden war. Unberührt vom politischen Konflikt unter den Organisatoren zogen am 16. August Linksradikale und Kreuzberger Ureinwohner gemeinsam mit gesitteten Mitbürgern aus allen Himmelsrichtungen und einigen ehemaligen DDR-Oppositionellen zur SPD-Zentrale. Noch nie wurden so viele Damenhandtaschen auf einer Demo gesehen.

Da drehte sich schon der Wind. Die Regierung machte klar, daß sie nicht im Traume an eine Änderung der Hartz-IV-Gesetze denkt. Und die Gewerkschaftszentralen gaben ihren regionalen Gliederungen grünes Licht für Proteste – und erteilten damit einer bundesweiten Mobilisierung eine beiläufige Absage. Nur dort, wo es lokalen Druck gibt, wird unterstützt: das heißt aber, die Bewegung würde auf den Osten beschränkt bleiben. Einzelinitiativen hier und da ändern an der Sache nichts. Deshalb trifft der Vorschlag einer bundesweiten Demo am 2. Oktober auf breite Zustimmung: es scheint der einzige Weg zu sein, wenigstens für einen Tag den Westen der Republik mit in die Bewegung hinein zu bekommen. Der Termin ist aus einem Dilemma entstanden: er sollte so nah wie möglich sein, damit die ostdeutschen Demos bis dahin durchhalten – und so fern wie möglich, damit Unterstützung aus Altgermanien mobilisiert werden kann.

Die Gründe für das Entstehen der heutigen Bewegung im Osten sind die gleichen, die eine Verallgemeinerung ausschließen. Auf dem Gebiet der vormaligen DDR hat sich eine, vom Westen abhängige Ökonomie etabliert. Das Bewußtsein von dieser Abhängigkeit setzt jedem breiten Protest sehr pragmatische Grenzen.

Wenn die Protestbewegung gegen HartzIV im Osten auch nicht gewinnen kann, so kann sie doch im Osten verloren gehen. Denn in der atomisierten sozialen und politischen Landschaft der fünf neuen Länder sind neofaschistische Gruppen längst zivilgesellschaftlich verankert. In einzelnen Orten haben Neonazis die Proteste übernehmen können und am Ende blieb den gutwilligen Veranstaltern nur die Resignation, um ihnen die öffentliche Bühne zu entziehen, zum Beispiel in Freital bei Dresden. Um dem entgegenzutreten, braucht es konfliktfähige demokratische Organisationen vor Ort.

Solche Organisationen können nur bestehen, wo es gemeinsame politische Ziele gibt, die der Schärfe der Konflikte angemessen sind. Im Märchen heißt es, wer mit dem Teufel essen will, muß einen langen Löffel haben. Wenn wir die Vorstellung vom "Teufel" als ein Bild für sehr irdische Mächte auffassen, läßt sich dieser Hinweis auf unsere Verhältnisse anwenden: So lange Löffel, daß sich mit ihnen gefahrlos am Tisch des Kapitals speisen ließe, haben die Reformpolitiker aller Richtungen noch nicht

erfunden.

Ohne eine radikale Verkürzung der Wochenarbeitszeit ist eine Überwindung der Massenarbeitslosigkeit unmöglich. Radikal nicht nur im Ziel einer realen 30-Stunden-Woche, sondern radikal vor allem darin, daß sie den Beschäftigten und Belegschaften Kontroll- und Mitbestimmungsrechte an die Hand gibt, um Arbeitsverdichtung und Flexibilisierung zu bekämpfen. Nur dann wird es wirkliche Neueinstellungen geben müssen – nur dann können sich die Beschäftigten gegen "immer mehr Arbeit in immer weniger Zeit" wehren. Es geht darum, ein Stück gesellschaftlicher Kontrolle über die Wirtschaft herzustellen. Ihre Realisierung würde jeder und jedem Einzelnen Freiräume schaffen, die für eine solidarische Lösung von Konflikten notwendig sind – in Ost und West, in Nord und Süd.

telegraph Sonderausgabe #2, Montag 20. September 2004

Auf Dich kommt es an, nicht auf alle!

Der Wahlerfolg der neofaschistischen Parteien wird das politische System dieser Bundesrepublik nicht erschüttern. Die Theorie der Regierungsparteien steht schon fest: die Anti-Hartz-Proteste haben einen Populismus befördert, der nun den Rechten den Weg bereitet hat. Tatsächlich steht der Wahlerfolg von NPD und DVU aber am Ende der erfolglosen Proteste. Kaum einer glaubt mehr, Hartz IV sei zu verhindern. Wir brauchen Strategien über den 2. Oktober und über den 1. Januar 2005 hinaus. Für die Protestbewegung im Osten ist es höchste Zeit zu einer Besinnung. Denn die Wochen der großen Sprüche von Kanzlersturz und "breiter Volksbewegung" sind vorbei.

Warum nehmen die Teilnehmerzahlen der Demonstrationen ab? Wie ist die Lage der Proteste vor Ort in der 6ten, 7ten, teils 8ten Woche? Warum gelingt es den Neonazis, sich auf Demos zu halten? Wo sind Verbündete zu finden? Wie sind die Chancen für eine Mobilisierung im Westen? Was können wir mit den Gewerkschaften erreichen, die die Kollegen selbst in unmittelbar betroffenen Bereichen nur noch zum geordneten Rückzug zusammenbringen? Was machen wir mit der großen Spaltung, daß nämlich die Arbeitslosen demonstrieren können, bis Ihnen die Beine abfallen – während die Beschäftigten zusehen, wie sie die wöchentliche Maloche hinter sich bringen? Es geht um den Inhalt der Proteste, und nicht darum, wer am lautesten oder am schnellsten ist. Solidarität ist eben nicht selbstverständlich, schon gar nicht unter den Betroffenen von Arbeitszwang und Sozialkürzung.

Die richtige Richtlinie, die alle diese Fragen korrekt beantwortet, hat keine der heute aufrufenden Gruppen und keiner der Demonstranten in der Schublade oder auf den Lippen. Es ist nicht angenehm, das zuzugeben. Die Versuchung ist daher groß, die Widerstände einfach zu ignorieren und die Flucht nach vorn anzutreten. Dies ist die alte SED- Strategie (und Strategie anderer führender Parteien), die "unseren" Menschen die Fragen und Widersprüche nicht zumuten will, die einfache, "klare" Lösungen anbietet, weil die realen Probleme für die "einfachen" Menschen zu kompliziert sind und uns arme Dummköpfe nur verwirren können. Es gibt aber auch den anderen Weg, der die unausweichlichen politischen Konflikte, die unterschiedlichen, auch falschen Antworten, die gegensätzlichen, auch gefährlichen Positionen, die auf der Straße, hier unter uns anzutreffen sind, nicht wegredet oder ignoriert.

Nicht in einem stalinistischen Geschichtsfahrplan irgendwelcher "Marxisten-Leninisten" sind historisch notwendig die nächsten Schritte vorgeschrieben, so daß wir nur noch brav folgen müssen. Im Gegenteil: Es reicht nicht, mehr oder weniger richtige Forderungen an "die da oben" zu richten. Die erste Forderung geht an uns selbst: die Bildung handlungsfähiger Gruppen, in denen die Einzelnen nicht eingereiht werden, sondern zusammenarbeiten können. Es geht um politische und soziale Organisationen, in denen die Erfahrungen ermüdender Konkurrenz und alltäglichen Klassenkampfes verarbeitet werden können. Mit denen ist dann auch den Nazis zu begegnen.

»Wenn du sowohl den Feind als auch dich selbst kennst, kannst du ohne Gefahr hundert Kämpfe ausfechten. Wenn du nicht den Feind und nur dich selbst kennst, kannst du siegen oder geschlagen werden. Wenn du sowohl den Feind als auch dich selbst nicht kennst, wirst du in jedem Kampf eine Niederlage erleiden.«

(Sun Zi: Über die Kriegskunst)

telegraph Sonderausgabe #3, Montag 27. September 2004

Wo bleibt das Positive?

Regierung, Zeitungen, Parteien – und solche, die es werden wollen – sie vermissen an den Montagsdemos alle das gleiche: die Ablehnung von Hartz IV ist nichts positives, finden sie. Aber auch in der Protestbewegung ist der Drang da, sich nicht nur auf ein "Nein" zu beschränken, sondern Perspektiven anzubieten. So kam der langatmige Titel der Demo am 2. Oktober zustande, wo vor Alternativen und Gerechtigkeit das eigentliche Ziel kaum noch auszumachen ist. Aber Ja sagen ist nicht immer etwas positives. Im Gegenteil: Wer Nein sagen kann, muß weniger lügen. Heute ist ein mehrfaches Nein vonnöten.

Erstens ein Nein zu Hartz IV. Ein Widerstand gegen Beschränkung der eigenen und gesellschaftlichen Lebensmöglichkeiten ist eine sehr konstruktive Sache, viel positiver als Sozialraub und verschärfte Ausbeutung. Zweitens ein Nein zu den Nazis. Die vielen, die sich heute von "den Politikern" betrogen fühlen, sind immer noch bereit, ihre Angelegenheit von besseren Politikern verwalten zu lassen. Wer aber die eigene dienende Haltung nicht aufgibt, wird von seinen Herren immer wieder betrogen werden. Hier ist ein Einfallstor der Rechten, die für eine sichere und belohnte Gefolgschaft werben.

Drittens ein Nein zur Instrumentalisierung der Proteste durch die MLPD. Nicht die Trennung von diesem Verein ist der Grund für die Schwäche des Protestes. Auch da, wo es immer nur eine Demo gab, gehen die Teilnehmerzahlen zurück. Sondern die Schwäche des Protestes zeigt sich gerade daran, daß die unvermeidliche Trennung so spät erfolgt. Denn diese "Marxisten-Leninisten" bilden eine bekennende stalinistische Sekte, die den Zusammenbruch des Sozialismus auf die Abkehr von Väterchen Stalins weiser Politik zurückführt. Kein Wunder, daß sie viel Mühe auf den Aufbau immer neuer Gruppen verwenden, hinter denen sie sich dann verstecken können – wieviele Leute demonstrieren schon gerne unter dem Banner eines Massenmörders. Selbst völlig isoliert kleben die MLPD-Genossen um Dieter Ilius um so mehr an der größeren Demonstration, weil sie allein nichts zustande bringen.

Das vierte Nein fällt am Schwersten. Es ist das den eigenen Illusionen, manchen

Hoffnungen und Erwartungen. Es ist nicht so, daß alle Menschen "doch einsehen müssten", daß Hartz IV weg muß. Kein Mensch muß müssen. Wir sollten unsere Freiheit nicht wegreden, sondern vernünftig und solidarisch einsetzen. Und wenn viele sind enttäuscht sind, so wird leicht vergessen, daß mit dem Wort Ent-täuschung immer auch von einer Selbsttäuschung geredet wird, die wir hinter uns lassen können.

Wo bleibt das Positive? Auch der Abschied von Illusionen ist etwas sehr positives. Vor allem aber haben die Demonstranten haben in den letzten Wochen eine Betroffenheit und Empörung gezeigt, die sich nicht einfach wieder zusammenfallen und wegpacken läßt. Auch unter dem öffentlichen Druck von Regierung, Presse und Unternehmern, ohne Bündnispartner auf nationaler Ebene – und trotz der Ermüdung und Perspektivlosigkeit haben sich die Demonstrationen über zwei Monate gehalten. Selbst wenn die kontinuierlichen Demos nun abbrechen werden – die Fragen nach einer menschenwürdigen Alternative zum täglichen Niedergang stehen ganz anders, weitaus entschiedener als vor dem Sommer. Es gehört zu den Aufgaben der vielfach geteilten Linken, nach realistischen Antworten zu suchen. Und realistisch ist nicht, was "im Rahmen der Verhältnisse" heute möglich erscheint – wenn wir gemeinsam lernen, uns anders zu verhalten.